

# Einig, dass die Pandemie existiert

In einer Corona-Sondersendung bei Radio L trafen Regierung und Corona-Massnahmen-Kritiker aufeinander.

Desirée Vogt

Jeden Montag demonstrieren zwischen 300 und 500 Personen auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz – aber wogegen protestieren sie eigentlich genau? Gegen die Impfung? Gegen die Massnahmen? Oder sind sie gar überzeugt, die Pandemie sei eine Erfindung von Politik und Medien? Zum ersten Mal standen sich nun Werner Stocker, der sich selbst als Corona-Massnahmen-Kritiker bezeichnet, und Gesellschaftsminister Manuel Frick gegenüber und gingen mit Moderatorin Tanja Cissé genau diesen Fragen auf den Grund.

## Unterschiedliche Quellen – unterschiedliche Ansichten

Die Diskussion zwischen den beiden wurde anständig und respektvoll geführt. Und sowohl Stocker wie auch Frick schätzten, dass sich der jeweils andere dialogbereit und offen für Gespräche zeigt.

Gleich zu Beginn wurde erst einmal die Frage geklärt, ob die Corona-Massnahmen-Gegner das Virus überhaupt als Krankheit erkennen – und das tun sie. «Es ist unbestritten, dass eine Krankheit vorhanden ist. Aber über die Gefährlichkeit muss diskutiert werden», so Werner Stocker. Denn Corona greife vorwiegend Menschen mit Vor-



Werner Stocker und Manuel Frick trafen bei Radio L aufeinander.

Bild: Radio L

erkrankungen und schwachem Immunsystem an. «Und die Statistiken über die Sterblichkeit zeigen, dass überwiegend Senioren betroffen waren.» In der Bevölkerungsgruppe unter 65 Jahren sei allerdings keine Übersterblichkeit festgestellt worden – für sie sei Corona mit einer «mittelschweren Grippe» zu vergleichen. Mit dem Blick auf das Risikomanagement müsse man die Pandemie also differenzierter betrachten, als es die Regierung tue. Obwohl der Gesellschaftsminister

«froh» darüber war, dass man sich in Bezug auf die Existenz der Pandemie einig sei, so widersprach er Werner Stocker doch in allen anderen Dingen. Zum einen sei die Übersterblichkeit ein Fakt – «2020 herrschte in der Schweiz die höchste monatliche Übersterblichkeit seit der spanischen Grippe», entgegnete Frick. Und zum anderen hätten die Erfahrungen gezeigt, dass auch jüngere Menschen und solche ohne Vorerkrankungen schwer an Corona erkranken könnten.

«Es kann uns alle treffen», machte er klar. Nicht vergessen werden dürfe zudem Long Covid, das sich unabhängig von der Schwere des Krankheitsverlaufs entwickeln könne.

## Warum nicht nach dem «Vorbild» Schwedens?

Wie die Pandemie differenzierter betrachtet und auch anders gehandelt werden kann, zeigte Schweden, auf das Werner Stocker dann auch verwies. «Schweden hat den mutigen Schritt gewagt. Es hat den Sommer genutzt, um die gesunde Bevölkerung durchzuseuchen. Ende Jahr zeigte sich, dass die Todesfallzahlen massiv gesunken sind», so Stocker. Es gebe also andere Wege als jenen, die ganze Bevölkerung wegzusperrten und die Wirtschaft in einen Schlaf zu versetzen.

Schweden sei ein «Klassiker», der sich lohne, genauer betrachtet zu werden, entgegenete indes Gesellschaftsminister Manuel Frick. Es sei schlicht falsch zu glauben, hier sei eine liberale Lösung gefunden worden. «Auch in Schweden wurden die Schrauben massiv angezogen. Das Land kam auch nicht gut durch die Winterwelle. Und die Todesfallrate ist massiv nach oben geschneit.» Doch Stocker ist nach wie vor davon überzeugt: «Eine solche Insellösung hätte

sich auch für Liechtenstein gelohnt. Wenn man in einem Krisenstab ist und Massnahmen ergreift, muss man abwägen, was in Summe das kleinste Übel ist.» Die Regierung habe sich stattdessen nur auf die Sterblichkeit fokussiert. «Die Kollateralschäden hat man nicht mit einberechnet.»

## «Ich weiss, dass das Thema sehr komplex ist»

Es gab an dieser Sondersendung viele Themen rund um Corona, in denen sich die beiden Diskussionsteilnehmer nicht einig waren. Doch nachdem am Ende ja auch alle daran interessiert sind, dass die Pandemie ein Ende findet, wollte Moderatorin Tanja Cissé konkret wissen, was die Corona-Massnahmen-Kritiker konkret vorschlagen und was sie sich von der Regierung wünschen.

«3G ist eine vom Staat ausgerichtete und fördernde Diskriminierung der Gesamtbevölkerung. Das Zertifikat spaltet. Und man versucht damit, über die Hintertür die Impfquote zu erhöhen. Wir wollen doch nicht die ganze Zeit beweisen müssen, dass wir gesund sind. Das ist doch paradox. Das ist krank», so Stocker. Er wünscht sich, dass die Bevölkerung, also auch die Massnahmen-Kritiker, wieder vermehrt in die Diskussion miteinbezogen wird. Dass

wieder mehr Selbstbestimmung möglich ist. Ohne in einigen Bereichen diskriminiert zu werden. Und: «Wir müssen wegkommen vom Blick auf die Impfquote hin zur Grundimmunisierung.» Der Fokus müsste seines Erachtens auch auf Menschen gelegt werden, die Antikörper aufweisen und somit ebenfalls gut gegen das Virus gewappnet sind. «Das Ganze muss einfach differenzierter betrachtet werden», so Stockers Wunsch.

Manuel Frick verwies darauf, dass er ebenfalls jederzeit gerne für einen Dialog bereit ist, wenn es darum geht, sich auszutauschen. Kritisch zu hinterfragen sei richtig und wichtig. Er stütze sich bei seinen Informationen aber nicht auf Quellen wie etwa «20 Minuten», sondern höre darauf, was Ärzte und Epidemiologen im Umfeld sagen. «Deshalb weiss ich, dass das Thema sehr komplex und der wissenschaftliche Stand in Bezug auf Antikörper nicht so eindeutig ist, wie Sie glauben», so Frick. Natürlich sei die Wissenschaft ständig daran, neue Erkenntnisse zu gewinnen, um in diesem Bereich klare Antworten zu liefern. Dass Bewegung in die Sache komme, zeige sich derzeit in der Schweiz. Und die dortigen Entscheide würden dann auch relevant für Liechtenstein werden.

# Botschafter erhalten Einblick in die Ziele der Regierung

Die Regierungsrätin Dominique Hasler als Gastgeberin, Regierungschef Daniel Risch und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni zeigten auf, wie Liechtenstein nachhaltig weiterentwickelt werden soll. Über 70 Nationen, mit welchen Liechtenstein bilaterale Beziehungen pflegt, waren zu Gast in Liechtenstein. Die rege Teilnahme am Informationstag illustrierte das hohe Interesse an Liechtenstein und seiner Politikgestaltung.

## Pläne für die nächsten vier Jahre präsentiert

«Der Botschafterinformationstag dient dazu, den ausländischen Botschafterinnen und Botschaftern das Land Liechtenstein näherzubringen. Der diesjährige Anlass war daher eine gute Gelegenheit, die neue Regierung und das Regierungsprogramm in den Fokus zu rücken und unsere Pläne für die nächsten vier Jahre zu präsentieren», erläuterte Regierungsrätin Dominique Hasler. In ihrer Rede bekräftigte Hasler das starke ausserpolitische Profil Liechtensteins und betonte, dass sich Liechtenstein weiterhin aktiv für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Basis einer freien Gesellschaft einsetzen werde. Weiter ging sie auf das solidarische Engagement des Landes ein, das eine lange Tradition hat. Zudem verdeutlichte sie die Chancen eines zukunftsorientierten Bildungssystems und erläuterte, wie die Di-



Podiumsdiskussion unter der Leitung von Nuscha Wiczorek mit Regierungschef Daniel Risch, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrätin Dominique Hasler.

Bilder: ikr



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni ging in ihrer Rede auf die Wirtschaftslage Liechtenstein ein.

gitalisierungsstrategie an den Schulen dazu beiträgt. In einem

persönlichen Interview mit der ehemaligen liechtensteinischen



Regierungschef Daniel Risch erinnerte in seiner Rede an die Grundsätze der liechtensteinischen Verfassung.

Jugenddelegierten beschrieb die Regierungsrätin ihre Motiva-

tion, sich für das Land Liechtenstein einzusetzen. (ikr)

Regierungschef Risch erinnerte in seiner Rede an die Grundsätze der vor hundert Jahren in Kraft getretenen liechtensteinischen Verfassung, die bis heute nichts an Aktualität und Bedeutung verloren haben. Er betonte die Wichtigkeit, zusammenzuarbeiten, um die Gesellschaft und deren Wohlfahrt voranzubringen – ganz im Sinne von Artikel 14 der Verfassung. Die Zukunft Liechtensteins könne nur gemeinsam durch verlässliches und nachhaltiges Handeln erfolgreich gestaltet werden.

Regierungschef-Stellvertreterin Monauni ging in ihrer Rede insbesondere auf die Wirtschaftslage in Liechtenstein ein. Sie hob hervor, dass sich die Wirtschaft während der Pandemie als robust erwiesen habe und die Arbeitsmarktlage trotz der Herausforderungen erfreulich sei. Es sei Aufgabe der Regierung, gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen, u. a. durch geringe bürokratische Hürden. Sie unterstrich weiter, dass das Erfolgsmodell Liechtenstein auch auf einer tiefen europäischen Integration beruhe.

In einem Panel wurden zentrale Aspekte der Reden der drei Regierungsmitglieder weiter vertieft. Zugleich wurde den Botschafterinnen und Botschaftern die Gelegenheit geboten, den Regierungsmitgliedern Fragen zu ihren Zielen und zu ihrer Arbeit zu stellen. (ikr)